

Ihre Gesprächspartner:

Dr. Johann Kalliauer

Elfriede Schober

Präsident der Arbeiterkammer OÖ

Vizepräsidentin der Arbeiterkammer OÖ

Baustelle Kinderbetreuung:

Was Eltern und AK von der Landesregierung fordern

Online-Pressekonferenz

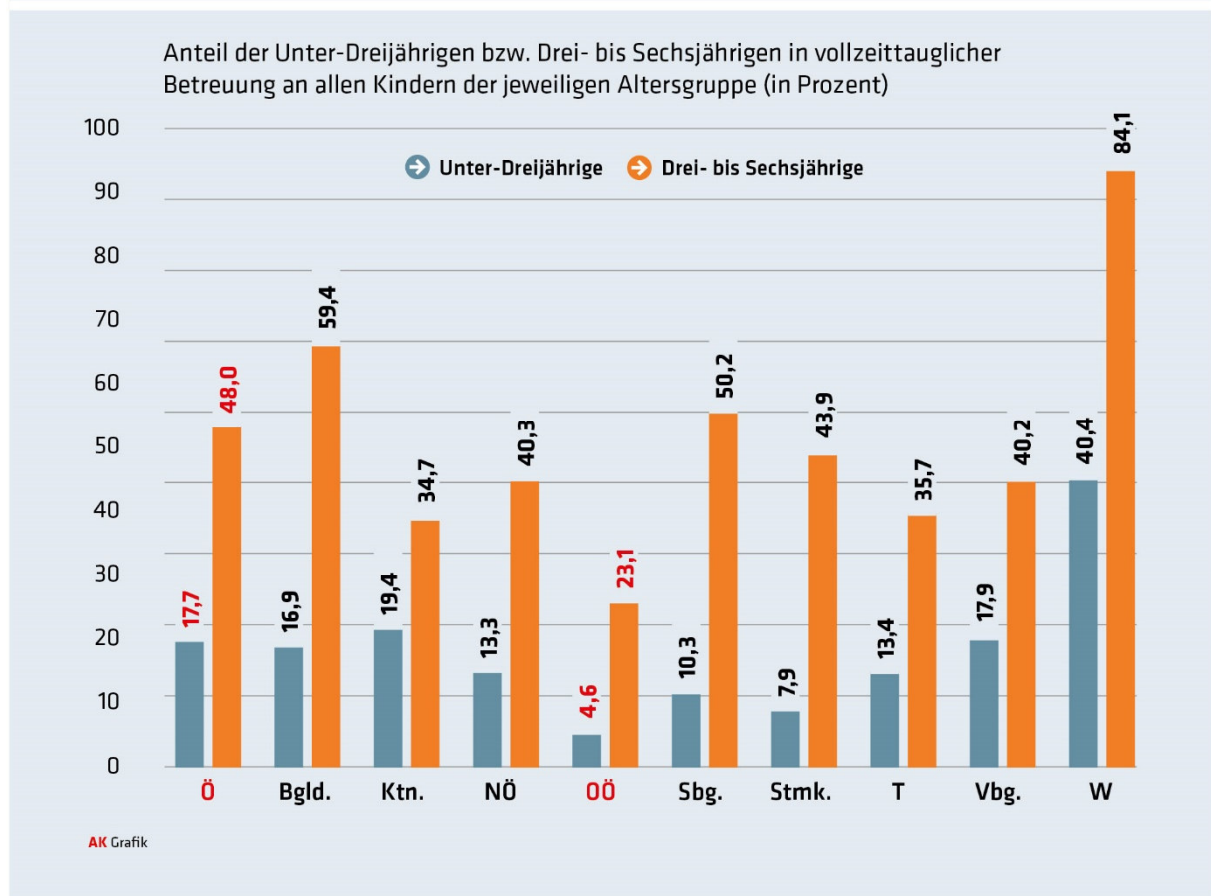
Mittwoch, 8. September 2021, 11 Uhr

Die institutionelle Kinderbetreuung in Oberösterreich muss als permanente Großbaustelle bezeichnet werden. Um die ganze Bandbreite des Dilemmas berufstätiger Eltern zu erfassen und deren Vorschläge zur Verbesserung der Situation kennenzulernen, befragte die AK Oberösterreich Eltern mit mindestens einem Kind zwischen zwei und fünf Jahren per Online-Fragebogen. Exakt 1.368 Personen haben diesen ausgefüllt, der Frauenanteil betrug 86 Prozent. Die Stichprobe eignet sich somit gut, um valide Aussagen treffen zu können. Die Auswertung ergab neben umfangreichem Zahlenmaterial auch 161 Seiten an persönlichen Statements, Wünschen und Verbesserungsvorschlägen, die einen guten Einblick in die aktuellen Probleme berufstätiger Eltern – allen voran von Alleinerziehern/-innen – geben. Sie wissen, wo der Schuh drückt und was man dagegen tun kann.

Viel zu wenig vollzeittaugliche Plätze

Die Ergebnisse verdeutlichen einmal mehr: In Oberösterreich gibt es zu wenig vollzeittaugliche Kinderbetreuungsplätze, obwohl enorme Geldmittel für den Ausbau der institutionellen Kinderbetreuung aufgewendet werden. Alleine 2019/20 standen laut Beantwortung einer parlamentarischen Anfrage im Frühsommer 2021 rund 25 Millionen Euro als Anschubfinanzierung seitens des Bundes für Oberösterreich – bei entsprechender Kofinanzierung durch das Land – für den Ausbau vollzeittauglicher Kindergartenplätze und zusätzlicher Betreuungsplätze für die Unter-Dreijährigen zur Verfügung. Trotzdem konnten laut Kindertagesheimstatistik 2020/21 nur 4,6 Prozent der Unter-Dreijährigen (Ö-Schnitt: 17,7 Prozent) und 23,1 Prozent der Drei- bis Sechsjährigen (Ö-Schnitt: 48,0 Prozent) einen vollzeittauglichen Betreuungsplatz in Anspruch nehmen. Damit liegt Oberösterreich im Bundesländervergleich in beiden Altersgruppen an letzter Stelle. Bei den Drei- bis Sechsjährigen hat sich das mangelnde Angebot gegenüber den Vergleichszeitraum des Vorjahres sogar noch einmal verschlechtert (- 0,8 Prozentpunkte).

VIF-KONFORME KINDERBETREUUNG IN ÖSTERREICH



Quelle: Statistik Austria, AK-Angaben; VIF = Vereinbarkeitsindikator für Familie und Beruf. Er erfasst, wie viele Kinderbetreuungsplätze mit einer Vollzeitbeschäftigung der Eltern vereinbar sind.

Fragwürdige Mittelverwendung

Diese Ergebnisse stellen die Wirksamkeit der eingesetzten Finanzmittel in Frage, denn die 25 Millionen Euro – bei entsprechender Kofinanzierung durch das Land – schlagen sich bei den Öffnungszeiten nicht nieder. Es reicht nicht, nur zusätzliche Plätze zu schaffen, wenn der größte Teil nur bis zur Mittagszeit zur Verfügung steht. Zudem werden die Wartelisten auf einen Betreuungsplatz in vielen Gemeinden nicht kürzer. Die wenig zielführende Mittelverwendung und mangelnde Treffsicherheit hinsichtlich Eltern-Bedürfnisse wird nicht nur von der AK Oberösterreich seit Jahren thematisiert. Bereits 2017 hatte der Landesrechnungshof die Situation scharf kritisiert. Als einzige Konsequenz führte

die Landesregierung 2018 die Elternbeiträge für die Nachmittagsbetreuung ein. Die Folge: Das Angebot an den Nachmittagen verschlechterte sich, die finanzielle Belastung für berufstätige Eltern – im Besonderen für Alleinerziehende – nahm zu und auch die Arbeitsbedingungen der Pädagogen/-innen und Hilfskräfte verbesserten sich nicht.

Langsamer Ausbau vollzeittauglicher Betreuungsplätze

Trotz des Wissens um zu wenige vollzeittaugliche Betreuungsplätze ist der Großteil des Ausbaus in Oberösterreich unverändert auf die nur halbtägige Kinderbetreuung ausgelegt. Das zeigen die Beantwortung einer parlamentarischen Anfrage aus dem Frühjahr 2020 an die Ministerin für Frauen, Familie, Jugend und Integration sowie die aktuelle Kinderheimstatistik. Alleine 686 der 2018 österreichweit 735 errichteten halbtägigen Betreuungsplätze für Drei- bis Sechsjährige entfielen auf Oberösterreich. Das sind 93,3 Prozent. Bei den Unter-Dreijährigen waren 86,6 Prozent (175 von 202) aller neuen halbtägigen Betreuungsplätze Oberösterreich zuzuordnen.

Hingegen entfielen lediglich 4,8 Prozent (46 von 965) der bundesweit neuen ganztägigen Betreuungsplätze für Unter-Dreijährige auf Oberösterreich. Bei den Drei- bis Sechsjährigen sind es immerhin rund 32 Prozent (904 von 2.828). Als „ganztägig“ gelten alle Einrichtungen mit sechs und mehr Öffnungsstunden. Man kann also davon ausgehen, dass auch hier die Öffnungszeiten im Großteil der Einrichtungen nicht mit einem „normalen“ Acht-Stunden-Arbeitstag der Eltern vereinbar sind.

2018 – neuere Zahlen liegen leider noch nicht vor – wurden in ganz Österreich rund 3.800 vollzeittaugliche Kindergartenplätze eingerichtet und kein einziger entfiel auf Oberösterreich. Bei den Unter-Dreijährigen waren es gerade einmal 246 Plätze von insgesamt 1.342 (18,3 Prozent). Diese Politik der Landesregierung trägt alles dazu bei, dass die Familien im Spannungsfeld von Beruf und Familie aufgerieben werden und Frauen in der Teilzeitfalle – von der es nicht weit zur

Altersarmut ist – landen. Wie die Landesregierung die im Artikel 15 in der aktuellen 15a B-VG formulierten Ziele – zum Beispiel das jährliche Erhöhen der Betreuungsquote der Unter-Dreijährigen um einen Prozentpunkt – erreichen will, ist nicht nachvollziehbar. Ein ähnliches Bild zeigt sich bei den Drei- bis Sechsjährigen. Von moderner Frauen- und Familienpolitik kann in Oberösterreich keine Rede sein.

Corona verschärft die Krise in der Kinderbetreuung

In über eineinhalb Jahren Corona-Krise mit mehreren Lockdown-Phasen mussten die berufstätigen Eltern viel Nervenstärke an den Tag legen. Geschlossene Kinderbetreuungseinrichtungen, der Aufruf, den Kontakt zu Großeltern, Verwandte oder Freunde/-innen zu meiden, Home-Schooling, verpflichtender Abbau von Urlaubs- und Zeitguthaben, fehlendes Einkommen durch Kurzarbeit und Arbeitslosigkeit hatten und haben große psychische, aber auch körperliche Belastungen zur Folge. Vor diesem Hintergrund mutet es zynisch an, wenn die zuständige Landesrätin bei der Vorstellung der Zahlen zur Kindertagesheimstatistik 2020/21 davon spricht, dass in Oberösterreich das Angebot größer ist als die Nachfrage. Die Umfrage und die Fragen an die AK-Berater/-innen (2020: 128) zeigen, dass sich die berufstätigen Eltern in der Corona-Krise von der Politik im Stich gelassen gefühlt haben.

Wünsche und Verbesserungsvorschläge berufstätiger Eltern in Buchstärke

Die Auswertung umfasst 161 Seiten an teilweise sehr ausführlichen persönlichen Wünschen und Verbesserungsvorschlägen an die politischen Entscheidungsträger/-innen. In Summe ergibt sich ein guter Einblick in die dringlichsten Probleme berufstätiger Eltern in Oberösterreich – allen voran von Alleinerziehern/-innen – in Zusammenhang mit der institutionellen Kinderbetreuung.

a) Unzufriedenheit mit dem Angebot ganz allgemein

86 Prozent der Befragungsteilnehmer/-innen nützen ein außerfamiliäres Betreuungsangebot. Die Eltern sind in Summe mit der Kinderbetreuungssituation ganz allgemein und im Einzelnen nicht zufrieden. Das hat allerdings nichts mit der Arbeit der Pädagogen/-innen und Hilfskräfte zu tun, mit der 96 Prozent der Eltern sogar sehr bzw. eher zufrieden sind. Hinsichtlich des Angebotes sind allerdings große regionale Unterschiede feststellbar. Je kleiner eine Gemeinde umso seltener wird eine Krabbelstube besucht. Im Innviertel ist der Anteil besonders niedrig.

Große Unterschiede gibt es auch bei der Nachmittagsbetreuung: Im Zentralraum besuchen 40 Prozent an fünf Nachmittagen eine außerfamiliäre Betreuung, in Gemeinden mit weniger als 3.000 Einwohnern/-innen sind es aber gerade einmal vier Prozent. Elf Prozent dieser Eltern benötigen zusätzlich an drei oder mehr Tagen in der Woche zusätzliche Unterstützung, 33 Prozent an ein bis zwei Tagen. In über zwei Drittel der Fälle springen Oma und Opa ein. Dort, wo die Kinder keine Einrichtung besuchen, brauchen 16 Prozent mindestens an drei oder mehr Tagen in der Woche bzw. 43 Prozent an einem oder zwei Tagen familiäre Unterstützung bei der Kinderbetreuung.

„Die Öffnungszeiten sind weltfremd und nicht mit vielen Arbeitsorten und -zeiten zu vereinbaren. Schichtarbeit ist gar nicht möglich. Flexibel sollte alles sein. Auch wenn ich wollte, könnte ich wegen des mangelhaften Betreuungsangebots nicht Vollzeit arbeiten. Ich möchte gerne arbeiten, denn es bedeutet auch ein höheres Einkommen und eine höhere Pension, es ist mir jedoch nicht möglich Kind und Beruf unter einen Hut zu bringen.“ Befragungsteilnehmerin

b) Elternbeiträge als finanzielles Problem

Für 28 Prozent der Befragungsteilnehmer/-innen sind die Elternbeiträge eine finanzielle Belastung („eher ja“ und „ja auf jeden Fall“). 27 Prozent der Alleinerzieher/-innen empfinden sie sogar als „sehr groß“. Je jünger die Eltern,

desto größer die finanzielle Belastung. Die institutionelle Kinderbetreuung ist am Vormittag für Eltern mit Kindern, die jünger als 30 Monate sind, in Oberösterreich nicht kostenlos. Sie geben signifikant häufiger (43 Prozent) an, dass die Finanzierung sie belastet. Zudem fallen noch Kosten für Essen, Material sowie Transport an – für immerhin 20 Prozent der Befragungsteilnehmer/-innen ein weiteres finanzielles Problem.

Elternbeiträge am Nachmittag: Mehrkosten, aber keine Qualitätsverbesserung

Die finanzielle Belastung erhöhte sich mit der Einführung von Elternbeiträgen in der Nachmittagsbetreuung noch einmal. Seit September 2018 müssen Eltern für die Betreuung ab 13 Uhr für alle Altersgruppen einen Beitrag bezahlen. Das ohnehin schlechte Angebot hat sich somit weiter – im Besonderen in den ländlichen Gemeinden – ausgedünnt, obwohl Eltern jetzt auch noch etwas dafür zahlen müssen. Die Verordnung sieht außerdem nur ein Tarifmodell für zwei, drei oder fünf Tage vor. Wer also nur an einem Tag oder etwa an vier Tagen ein Angebot nutzt bzw. hat, zahlt trotzdem den Zweitages- bzw. den Fünftagestarif. Unverändert müssen Eltern, die ihr Kind erst um 13.30 Uhr abholen können, den vollen Beitrag für die Nachmittagsbetreuung zahlen.

„Die Nachmittagsbetreuung sollte unbedingt kostenfrei werden, (...). Bei uns verdient mein Mann sehr gut. Ich möchte aber auch wieder arbeiten gehen (...). Weil das Betreuungsangebot nicht ausreichend ist, bleibt mir nichts als Teilzeitarbeit. (...). Einerseits soll man arbeiten, andererseits werden ständig Steine in den Weg gelegt.“ Befragungsteilnehmerin

c) Unzufriedenheit mit den Nachmittagsangeboten

26 Prozent der befragten Eltern sind mit der Nachmittagsbetreuung eher bzw. sehr unzufrieden. 98 Prozent der Befragungsteilnehmer/-innen haben von Montag bis

Freitag am Vormittag ein Betreuungsangebot, allerdings steht nur der Hälfte an allen fünf Tagen am Nachmittag ein solches zur Verfügung. Insbesondere in Gemeinden mit weniger als 3.000 Einwohnern/-innen sind es mit 22 Prozent besonders wenig. Dabei sind große regionale Unterschiede erkennbar. Ein Angebot schafft auch entsprechende Nachfrage! Aus der Befragung geht eindeutig hervor, dass die Zahl der geöffneten Nachmittage eng mit der Nutzung der Einrichtung zusammenhängt: Je weniger offene Nachmittage, desto häufiger wird das gesamte Angebot der Nachmittagsbetreuung nicht genutzt. Am unzufriedensten mit den Öffnungszeiten allgemein und der Nachmittagsbetreuung im Besonderen sind die Eltern im Innviertel und der Region Steyr-Kirchdorf.

„... Wie soll man Arbeit finden, wenn man alleine ist und pünktlich um 12 Uhr sein Kind abholen muss? Es ist ein Wahnsinn, dass man am Land nachmittags ohne Betreuung dasteht. Ständig gibt es Schließungen wegen Betriebsurlaub in der regulären Zeit und keine Ferienbetreuung mit der Begründung „Die Schulen haben auch zu.“ Es ist für mich als arbeitssuchende und -willige Mutter extrem frustrierend.“ Befragungsteilnehmerin

d) Unzufriedenheit mit der Gruppengröße

Die Unzufriedenheit zeigt sich auch bei den Regelungen bezüglich der Gruppengrößen. 21 Prozent der Eltern sind hier „eher“ bzw. „sehr unzufrieden“. Bei Kindergartenkindern sind sie signifikant unzufriedener als in Krabbelstuben oder sonstigen außerfamiliären Betreuungsangeboten. Nur 36 Prozent der Eltern mit Kinderkatenkindern sind mit der Gruppengröße sehr zufrieden, in der Krabbelstube und in sonstigen Betreuungsangeboten sind es hingegen 71 bzw. 73 Prozent.

„Bei uns sind viel zu viele Kinder in einer Gruppe in einem viel zu kleinen Raum – unmöglich für Kinder und Pädagogen! Ich wünschte ein Entscheidungsträger würde mal eine Woche im Kindergarten verbringen –

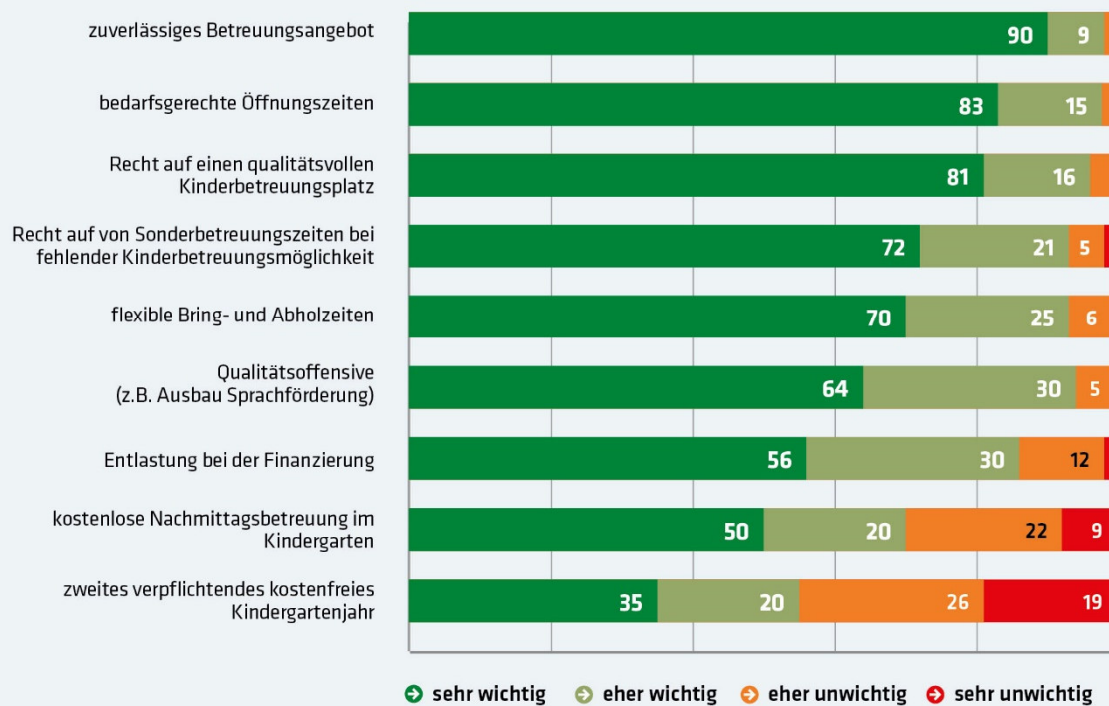
dann würde der Personalschlüssel schnell verändert!“
Befragungsteilnehmerin

Wünsche der berufstätigen Eltern an die Entscheidungsträger/-innen

Ganz oben am Wunschzettel der Befragungsteilnehmer/-innen steht ein zuverlässiges Betreuungsangebot. Für 90 Prozent ist es „sehr wichtig“, für neun Prozent „eher wichtig“. 83 Prozent bezeichnen bedarfsgerechte Öffnungszeiten als „sehr wichtig“, 15 Prozent als „eher wichtig“. Für 97 Prozent ist ein Rechtsanspruch berufstätiger Eltern auf einen qualitätsvollen Kinderbetreuungsplatz „sehr“ bzw. „eher wichtig“.

Auch eine allfällige finanzielle Entlastung bei der institutionellen Kinderbetreuung rangiert auf der Wunschliste ganz vorne (für 56 Prozent „sehr“, für 30 Prozent „eher wichtig“). Sieben von zehn Eltern (für 50 Prozent „sehr wichtig“) sind für die Abschaffung der Nachmittagsgebühren im Kindergarten. Für 55 Prozent ist ein zweites verpflichtendes und kostenfreies Kindergartenjahr „sehr“ bzw. „eher wichtig“. Bezüglich der Wünsche an die politischen Entscheidungsträger/-innen in Sachen Kinderbetreuung lassen sich keine regionalen Unterschiede ausmachen.

WÜNSCHE BERUFSTÄTIGER ELTERN AN DIE POLITIK (in Prozent)



AK Grafik

„Es gehören dringend mehr Plätze her. Mein Mann und ich gehen jeweils Vollzeit arbeiten, doch in meiner Heimatgemeinde gibt es kein Nachmittagsangebot. Ich müsste meine Arbeitszeit reduzieren, würde aber meine Position im Unternehmen oder rund die Hälfte meines Einkommens verlieren. Es ist erschreckend, wie Mütter ein geregeltes, gutes Einkommen und Aufstiegschancen verwehrt werden.“

Befragungsteilnehmerin

Forderungen der Arbeiterkammer Oberösterreich an die neue Landesregierung

Als Interessenvertretung der Arbeitnehmer/-innen orientiert sich die AK Oberösterreich genau an den Betroffenheiten, Wünschen und Anregungen der Eltern. Somit ergeben sich folgende Forderungen an die neue Landesregierung:

- Abschaffung der Elternbeiträge für die Nachmittagsbetreuung
- Rechtsanspruch auf einen qualitätvollen Kinderbetreuungsplatz ab dem zweiten Lebensjahr bis zum Ende der Sekundarstufe I (Mittelschule/AHS-Unterstufe)
- Einführung eines zweiten verpflichtenden und kostenlosen Kindergartenjahres
- Schaffung eines bundeseinheitlichen Qualitätsrahmenplanes für Krabbelstuben, Kindergärten (Betreuungsschlüssel, Ausbildung der Pädagogen/-innen, Bedarfs-erhebungen)
- Qualitätsoffensive mittels umfassender Sprachförderung für die Kinder
- Nachhaltige, finanzielle Sicherstellung für Kinderbetreuungseinrichtungen – gekoppelt mit einer zielgerichteten, verpflichtenden und professionellen Bedarfserhebung in den Gemeinden und in den oberösterreichischen Bezirken